

Stellungnahme zu einem Antrag öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Rat	18.06.2013

Antrag der Fraktion Die Linke. vom 03.06.2013 (AN/0721/2013) Mehrgenerationenprojekte fördern

Die Verwaltung nimmt zu o.g. Antrag wie folgt Stellung:

Registriert sind bei der Verwaltung derzeit die Projekte „Zeitenwandel“, „SoLeMio-Soziales Leben mit Offenheit e.V.“, futur3 e.V. und Lebens(t)räume in Balance e.V. Es melden sich aber auch beständig Einzelpersonen, die gerne in solch einem Projekt wohnen möchten.

Nach Aussage der GAG wird dort nach wie vor nachgefragt und es besteht eine Warteliste.

Auch das bestehende Mehrgenerationenprojekt „Ledo“ und Neues Wohnen im Alter melden weiterhin reges Interesse.

Neben der Beratung durch das Amt für Wohnungswesen bieten in Köln Beratung und Vernetzung sowohl die Beratungsstelle „Neues Wohnen im Alter e.V.“ an, als auch der Verein „Ledo“, der sehr aktiv die bestehenden Mehrgenerationenwohnprojekte vernetzt bzw. an einen Tisch holt, aber auch immer wieder Gruppen und Einzelpersonen berät.

Es ist zutreffend, dass die Grundstücksfrage ein zentraler Punkt bei der Realisierung von Mehrgenerationenwohnprojekten ist. Da solche Projekte eine längere Vorlaufzeit für die notwendigen Gruppenbildungs- und Abstimmungsprozesse benötigen, ist der Erwerb von geeigneten Grundstücken über den privaten Immobilienmarkt für Interessenten schwierig. Gemäß dem Ratsbeschluss vom 15.12.2005 bemüht sich die Stadt Köln zur Unterstützung neuer gemeinschaftlicher Wohnformen zunächst mindestens einen Standort pro Stadtbezirk für Mehrgenerationenwohnen zu entwickeln. Pilotmaßnahmen in Ehrenfeld, Porz, Nippes und Kalk wurden bereits initiiert. Ein weiteres Projekt in Rodenkirchen ist in der Vorbereitung. Sobald in den übrigen Stadtbezirken geeignete städtische Grundstücke verfügbar sind, sollen auch dort Mehrgenerationenwohnprojekte ermöglicht werden. Die wesentlichen Eckpunkte des Kölner Mehrgenerationenwohnmodells bestehen aus:

- der Grundstücksvergabe an einen sozial engagierten Investor
- der Errichtung von barrierefreien, altengerechten Wohnungen (einschl. Aufzüge) in unterschiedlicher Größenordnung für eine altersgemischte Belegung (evtl. ergänzt um eine Gruppenwohnung).
- der Schaffung von Gemeinschaftsräumen und gemeinsam nutzbaren Außenflächen. Die Gemeinschaftsräume sind so zu planen, dass ein späterer Umbau in eine Normalwohnung ohne erhebliche Aufwendungen möglich ist.
- der Bildung eines Bewohnervereins, der die Belegung der Wohnungen und das Zusammenleben organisiert.
- der Belegung der Wohnungen nach Altersgruppen (z.B. 2/3 Jung unter 60 Jahre und 1/3 Alt über 60 Jahre), wobei aber auch überwiegend Altenwohnen möglich sein soll.

An dem im Eigentum des Landes stehenden Grundstück der ehemaligen Polizeiwache in Kalk hat der Verein futur3 Interesse. Nach Kenntnis der Verwaltung laufen derzeit Gespräche zwischen dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes und dem Kölner Studentenwerk hinsichtlich einer Umnutzung für Studentisches Wohnen. Aufgrund des vorhandenen großen Bedarfs an Studentenwohnungen würde eine solche Lösung von der Verwaltung befürwortet.

gez. Roters